

14. Sitzung

des Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Bergneustadt
im Sitzungssaal des Rathauses, Kölner Str. 256

Sitzungstag

11. 07. 2018

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:49 Uhr

Anwesend sind:

Tanja Bonrath	Vorsitzende	Lisa Marie Pütz	Sachk. Bürgerin
Erdogan Caylak	Stadtverordneter	Reinhard Sadowski	Sachk. Bürger
Doris Klaka	Stadtverordnete	Gert Schmalenbach	Sachk. Bürger
Antje Kleine	Stadtverordnete		
Wolfgang Lenz	Stadtverordneter		
Heike Schmid	Stadtverordnete		
Dr. Christoph Stenschke	Stadtverordneter		
Bernd Warwel	Stadtverordneter		

Entschuldigt:

Axel Krieger	Stadtverordneter
--------------	------------------

Anwesend von der Verwaltung:

Bürgermeister Wilfried Holberg	AV St OVR Johannes Drexler
StVRin Claudia Adolfs	St O Stephan Halbe
Markus Weidenbach, FB 3	

Gäste:

Frank Weichert, S WW Sicherheitsdienst
Barbara Bandler, Oberbergische Tafel, Bergneustadt
Walter Jordan, Heimatverein Feste Neustadt e. V.



Tagesordnung

14. Sitzung

des Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Bergneustadt

a m 11. 07. 2018

TOP	Beschluss- Vorl.- Nr.	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Seite
<u>Öffentliche Sitzung</u>			
1.		Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Bergneustadt - Sachstandsbericht Mirkus Weidenbach, Mitarbeiter des Ordnungsamts Bergneustadt Frank Weichert, S W W- Sicherheitsdienst	3
2.		Die Oberbergische Tafel in Bergneustadt Vorstellung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Barbara Bandler	4
3.		Heimatverein Feste Neustadt e. V. Vorstellung kultureller und touristischer Aspekte durch Walter Jordan	4/5
4.	0483/2018	Beteiligung an der Kampagne "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe"	5/6
5.		Mitteilungen	6
6.		Anfragen, Anregungen, Hinweise	6

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Öffentliche Sitzung

1. **Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Bergneustadt - Sachstandsbericht Markus Weidenbach, Mitarbeiter des Ordnungsamts Bergneustadt Frank Weichert, SSW Sicherheitsdienst**

Als Einführung ins Thema schildert Bürgermeister Wilfried Holberg kurz, wie es 2016 zum Einsatz eines Sicherheitsdienstes und anschließend zur Ordnungspartnerschaftlichen Verbindung mit dem Oberbergischen Kreis kam. Die hierfür geschaffene Stelle wurde mit dem bis dahin in anderer Funktion tätigen städtischen Mitarbeiter Markus Weidenbach besetzt.

Herr Weidenbach erläutert die Schwerpunkte und den Ablauf seiner Tätigkeit. In der Zeit zwischen 12 und 20 Uhr, gelegentlich zwischen 16 und 0 Uhr werden neben der Überwachung des ruhenden Verkehrs öffentliche Plätze aufgesucht und kontrolliert, an denen sich gewöhnlich – vorwiegend aus Jugendlichen bestehende – Personengruppen aufhalten, die verstärkt Alkohol konsumieren und Müll hinterlassen. Die Befugnisse umfassen u. a. die Anordnung zum Aufräumen, Durchsuchen und Festnehmen von Personen, Erteilen von Platzverweisen, Einleiten von Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz und enden am Rechtskreis des Strafrechts. Wenn erforderlich, wird die Polizei unterstützend hinzugezogen. Es gibt einen Informationsaustausch mit den Sozialarbeiter/inne/n mit zurzeit eher informellem Charakter, der aber ausgebaut werden soll.

Die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen im Rahmen der Ordnungspartnerschaft läuft St. Vrin Adolfs zufolge gut; notwendige Absprachen geschähen zwischen den beteiligten Einsatzkräften sowie Herrn Weichert. Kontakte bestehen hauptsächlich zu den Gemeinden Reichshof und Marienheide. Sie beinhalten gegenseitige Aushilfe bei größeren Veranstaltungen und gemeinsame Patrouillen.

Die Inanspruchnahme des Sicherheitsdienstes ist Herrn Weichert zufolge durch die Ordnungspartnerschaft im Stadtgebiet insgesamt und auch auf den Schulgeländen zurückgegangen, die sein Unternehmen zusätzlich kontrolliert.

Der Bürgermeister gibt seiner Zufriedenheit Ausdruck, dass im Rahmen der Ordnungspartnerschaft ein Mitarbeiter der Verwaltung im Außendienst, flankiert vom Sicherheitsdienst Weichert, zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit wirksam im Einsatz ist. Auch die dazugehörige Ausstattung mit dem neuen Polizeiwagen sehr ähnlichen Einsatzfahrzeug trage dazu bei.

Die Vorsitzende dankt den Gästen für ihre Ausführungen.

2. Die Oberbergische Tafel in Bergneustadt Vorstellung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Barbara Bandler

Frau Bandler berichtet aus der ehrenamtlichen Tätigkeit für die seit 2009 bestehende Tafel in Bergneustadt und verdeutlicht Organisation und Funktionsweise. Die zurzeit ca. 260 Kunden melden sich an der Registrierung zahlen eine geringe Gebühr und erhalten einen Nummernzettel. Die Nummern werden in drei Gruppen aufgeteilt, die sich zur Lebensmittelausgabe aufeinander folgend in den dazwischen wieder aufgefüllten Ausgaberaum begeben, die Ausgabenkontingente sind tags zuvor vorsortiert worden. Zusätzlich gibt es Getränke, belegte Brote und Kuchen. Ausgabetag ist Freitag 2017 gab es 49 Ausgabetermine mit durchschnittlich 111 Abholern je Tag. In Anspruch genommen wird die Tafel im Wesentlichen durch Personen mit geringer Rente und Alleinerziehende. Der Berechtigungsausweis ist anonymisiert.

Die zurzeit 30 ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen sind vierzehntägig wöchentlich oder zweimal wöchentlich im Einsatz. Eine spezielle Ausbildung für den Umgang mit dem Kundenkreis haben sie nicht, werden aber von Frau Bandler über lebensmittelrechtliche Vorschriften unterrichtet. Zurückweisungen von Kunden wegen unsozialen Verhaltens konnten durch rechtzeitiges Erkennen und Regeln sich anbahnender Konflikte verhindert werden, so Frau Bandler auf eine Frage der Stv. Schmid.

Das Budget finanziert sich hauptsächlich aus Spenden von ortsansässigen Firmen und Privatpersonen.

Die Vorsitzende dankt Frau Bandler für die ausführliche Darstellung, die einen detaillierten Einblick in die umfangreiche Arbeit der Einrichtung gegeben habe, sowie für die Ermöglichung des Ortstermins in den Räumen der Tafel vor Sitzungsbeginn.

3. Heimatverein Feste Neustadt e. V. Vorstellung kultureller und touristischer Aspekte durch Walter Jordan

Herr Jordan verbindet den Dank für die Einladung mit der Anregung, auch einmal das Heimatmuseum als Tagungsort dieses Ausschusses vorzusehen.

Bergneustadt habe ein großes kulturelles Angebot und eine hohe Anzahl an Kulturschaffenden.

Das Heimatmuseum diene jedoch überwiegend als Rahmen für Veranstaltungen. Die niedrigen Besucherzahlen spiegelten allerdings den bundesweiten Trend wider. Man gehe davon aus, dass es in absehbarer Zeit nur noch 10 % der heute bestehenden Heimatmuseen geben werde. In Bergneustadt stellten Schulklassen die zahlenmäßig stärkste Besuchergruppe. Themen- oder gruppenspezifische Führun-

gen ließen sich jederzeit arrangieren. Das Ausschöpfen bestehender Fördermittel sei jedenfalls zu empfehlen.

Das touristische Angebot würde stärker an- als allgemein wahrgenommen. Weil auch für eine Kommune wie Bergneustadt aus Tourismus bezifferbarer Gewinn entstehen könne, müsse die Werbung dafür ausgebaut werden, z. B. über die Naturarena Bergisches Land GmbH. Das müsste allerdings auch mit der Verbesserung der Infrastruktur wenigstens im Altstadtbereich einhergehen. Damit hänge zusammen, die Altstadt als Wohngegend attraktiv zu machen.

Herr Jordan nennt das Netzwerk in Bergneustadt „genial“. Er bedankt sich für die Hilfsbereitschaft der städtischen Mitarbeiter und hebt dabei die Zusammenarbeit mit Frank Böhrer besonders hervor.

Die Vorsitzende dankt Herrn Jordan für den Rundum-Abriss und erkundigt sich, was seiner Meinung nach von Seiten des Ausschusses zur Verbesserung in diesen Bereichen getan werden könne. Das kann nach Auffassung Herrn Jordans im Versuch bestehen, die Bezirksregierung zur Erhöhung des Ansatzes für Zuschüsse zu veranlassen, im Nutzen der Räumlichkeiten des Museums sowie darin, für ein positives Erscheinungsbild der Stadt insgesamt zu sorgen.

4. Beteiligung an der Kampagne "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe" 0483/2018

Nach einer kurzen Einleitung durch den Bürgermeister entsteht ein lebhafter Meinungsaustausch zur Frage, ob und wie sich die Stadt Bergneustadt an der Kampagne der Gemeinschaft Sant'Egidio beteiligen soll. Nach Auffassung einiger Ausschussmitglieder wird den Initiatoren allein schon die Abgabe der Erklärung zur Beteiligung Rückhalt verschaffen durch das Bewusstsein, viele Unterstützer zählen zu können. Von deutschen Kommunen sollte sie schon wegen der Erfahrungen aus der NS- und der DDR-Zeit erfolgen und zum Ausdruck bringen, dass es ein Wert an sich ist, in der Bundesrepublik Deutschland als sicheres Land zu leben. Falls am Gedenktag (30. November) in Bergneustadt eine Aktion durchgeführt würde, sollte mit minimalem Aufwand ein größtmöglicher Effekt erzielt werden. Vorgeschlagen werden unter anderem ein Anstrahlen des Kirchturms in der Altstadt, eine Gedenkstunde, eine Mahnwache oder – falls mit den Organisatoren abstimmbare – eine Einbeziehung in den auf diesen Tag verlegten Schweigemarsch. Auch könne Herr Walter Jordan nach einer Idee gefragt werden.

Die Frage, ob der Rat beteiligt werden müsse, verneint AV St. OVR Drexler. Der Rat könne den Beschluss aufheben, wenn er eine andere Auffassung vertrate.

Beschluss: Die Stadt Bergneustadt beteiligt sich an der Kampagne „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“.

Abstimmungsergebnis: Der Beschluss wird mit 10 Stimmen bei einer Gegenstimme gefasst.

5. Mitteilungen

StVRin Adolfs teilt mit, dass aufgrund der aktuellen Anzahl mit Wohnraum zu versorgender Flüchtlinge geplant sei, die Nutzung der zur Unterbringung dieses Personenkreises angemietete Unterkunft Kölner Str. 94 – ehemals Fa. Sandvik – kurzfristig einzustellen. Daraus ergebe sich eine wesentliche Kostenersparnis für die Restlaufzeit des Mietvertrags. Der in der Nachbarschaft des Objekts wohnende Stv Lenz merkt an, der äußere Eindruck der Unterkunft und ihrer Bewohner sei positiv gewesen.

Bürgermeister Holberg informiert den Ausschuss über den Eingang eines Schreibens des Verbands für Flächenrecycling und Altlastsanierung (AAV) mit der Zusage der Flächensanierung des Areals Silberg. Dieses Gelände werde ohne Kosten für die Stadt in einen bebauungsfähigen Zustand versetzt. Auf die Frage des Stv Caylak, ob dort eine neue Unterkunft vorgesehen sei, erwidert der Bürgermeister, so sei der Plan.

6. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Anfrage Stv Schmid: An sie haben sich drei iranische Asylbewerber gewandt, die zurzeit im Forum Wedenest unterrichtet werden und dort untergebracht sind. Sie befürchteten, nach Ende der dortigen Unterbringung wieder in eine Gemeinschaftsunterkunft eingewiesen zu werden. Der Aufenthaltsstatus sei nicht bekannt. Wie werde die Stadt verfahren?

Antwort StVRin Adolfs: Das hänge davon ab, was zum Zeitpunkt der Unterbringung in einer städtischen Unterkunft verfügbar sei. Die Zuteilung eines Einzelzimmers sei ausgeschlossen; sollte es sich wie vorgebracht wurde, um Christen handeln, würden sie nach Möglichkeit zusammen untergebracht. Wer beim Jobcenter anspruchsberechtigt sei, dem würden von dort in angemessener Höhe Kosten einer Privatunterkunft anerkannt.